Nr 86 Mai 2016

ARBEITER NEWS

Internationale Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland

aus dem Iran

Es lebe der 1. Mai

زنده باد اول ماه مه

Der erste Mai, der internationale Tag der Arbeit, ist der Tag, an dem sich die Arbeiter 1886 in Chicago erhoben, um für ein menschenwürdiges Leben einzustehen, und gegen die Herrschaft des Kapitals mit all seinen Unterdrückungs- und Ausbeutungsorgane zu demonstrieren. Der erste Mai hat sich in der modernen Geschichte der Menschheit verewigt. Die moderne Geschichte, die seit der französischen Revolution, trotz ihrer gewaltigen Errungenschaften in dem Verhältnis zwischen Nation und Staat, hat es immer noch nicht geschafft seine historische Aufgabe, nämlich die Beendigung der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, zu erfüllen. Dieser noch ungelöste Widerspruch zwischen Arbeit und dem Kapital führt immer wieder zu Krisen, die zu dem Wesen eines Klassensystems gehören und das Leben von den 99% der Weltbevölkerung bestimmen, und diese immer näher an den Rand einer Katastrophe führt, was die Zukunft der Menschheit auf diesem Planet eines Tages unmöglich machen wird.

Die Arbeiterklasse erzielte in 300 Jahren revolutionärer Kämpfe gegen die Herrschaft des Kapitals in unterschiedlichen Ländern große Errungenschaften, und gewann in diesen Kämpfen eine weltweite Solidarität der unterdrückten Menschen für sich. Die Etappensiege der Arbeiterbewegung konnten das herrschende System in manchen Gebieten zurückzudrängen und in die Defensive zwingen. Aber aus verschieden Gründen, die ihre Wurzeln vor allem in den objektiven Bedingungen der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern sowie weltweit haben, und in deren Folge die ungünstigen subjektiven Bedingungen, haben sich diese Siege nicht ausbereiten können.

Die erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse konnten sich nicht vertiefen und weiterentwickeln.

Auf diesen Erfahrungen, die die Arbeiterklasse im jahrzehntelangen Kampf in den einzelnen Ländern und international gewonnen hat, kann heute aufgebaut werden, um die zukünftigen Herausforderungen, die der Arbeiterklasse bevorstehen in einer revolutionären Weise zu meistern. All diese Siege und Niederlagen der Arbeiterklasse verbergen in sich die kostbaren Erfahrungen und das Potential ein für allemal die Sklaverei der Lohnarbeit zu beenden und eine andere Welt zu schaffen, in der die Menschheit eine Zukunft und Frieden eine reale Chance hat.

Die Solidarität aller Arbeiter und Lohnabhängigen in selbstverwalteten Organisationen im eigenen Land und auf internationaler Ebene ist die unverzichtbare Waffe im gemeinsamen Kampf für die Schaffung einer Welt frei

von Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals. Der Erste Mai ist das Symbol für diesen gemeinsamen Kampf und die Erinnerung an die Verantwortung jedes einzelnen, sich für eine andere Welt einzusetzen.

Die internationale Allianz zur Unterstützung der Arbeiterinnen würdigt den 1. Mai und sieht sich mit der Arbeiterklasse und unabhängigen Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland verbunden.

Durch die Veröffentlichung der Arbeiter News im deutschsprachigen Raum versuchen wir einen Beitrag zu der Unterstützung der Arbeiterbewegung im Iran zu leisten, indem wir regelmäßig über die Situation der Arbeiter in Betrieben und über ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen berichten.

Ein kurzer Rückblick auf die Arbeiterbewegung im Iran im vergangenen Jahr

Zuerst einige Informationen über diese Berichterstattung:
Alle Nachrichten und Informationen bezüglich der politischen Ereignisse und insbesondere über die Lage der Arbeiterklasse im Iran stammen aus den Nachrichtenagenturen und Medien im Iran, die unter strenger Kontrolle der staatlichen Organe stehen und zensiert werden.

Der Widerstand der iranischen Arbeiterklasse im vergangenen Jahr hat sich trotz der intensiveren Repressalien durch die Regierung nach dem sogenannten 5+1 Abkommen mit dem Westen, sowohl qualitativ als auch in der Häufigkeit und der Anzahl der Proteste verändert.
Trotzt aller repressiven Maßnahmen der Regierung (Verhaftung, Folter, Entlassung,

Photo:Ilna Iranian Labour News Agency

sowie Einsatz der bewaffneten Sondereinheiten) gegen die ArbeiteraktivistInnen, hat sich der Widerstand der ArbeiterInnen in Betrieben und auf der Straße verschärft. Eine neue Form der spontanen Selbstorganisation und der flexiblen Art der Proteste war zu beobachten.

In mehr als 513 Betrieben und Unternehmen gab es Aufstände der Arbeiterklasse auf unterschiedliche Art und Weise. Alle möglichen Formen des Protestes wie Demonstration, Streik, Sitzblockade, direkter Dialog mit Behörden bis zu Demonstrationen vor dem

Parlament wurden durch die ArbeiterInnen unternommen.
Hauptanliegen der Protestbewegung waren Lohnerhöhungen, regelmäßige Auszahlung der Löhne, Aufhebung der Werkverträge, Leiharbeit und ungerechte Bezahlung der Arbeiter, die in unbefristete und befristete Beschäftigte aufgeteilt werden.
Ebenfalls auffällig war der Widerstand der Beschäftigten gegen die Privatisierung der staatlichen Betriebe und den Ausverkauf dieser Betriebe zu Spottpreisen an Privatunternehmen. Diese Privatisierungspolitik der Regierung war besonders im Minen- und Bergbaubranchen zu finden.

Ein anderes Feld der Arbeiterproteste richtete sich gegen von der Regierung installierte Arbeitervertretungen wie das sogenannte Haus der Arbeit, islamische Betriebsräte, islamisches Arbeiterkonzil und Arbeitergilde, die in erster Linie als verlängerter Arm des Staates die Interessen der Arbeitgeber vertreten und in den Betrieben die Arbeiteraktivisten bespitzeln, um sie an die Sicherheitsorgane des Staates zu denunzieren.
Die Ablehnung und der Boykott der regierungstreuen Arbeiterorganisationen zeigen den passiven sowie aktiven Widerstand der Arbeiter in ihren Betrieben.

Zum Beispiel die Bergbauarbeiter der **Tschador Malo Mine** haben in einer systematischen Aktion 610 Unterschriften gegen die Vorstandsmitglieder des Betriebes gesammelt und haben sie praktisch abgewählt. Oder die Arbeiter der Steinmine der Stadt Bafgh haben sich geweigert sich an der Wahl der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Betriebsratsmitglieder zu beteiligen. Durch die gemeinsame Boykottaktion haben sie verhindert, dass ein islamischer Betriebsrat von oben in ihrem Betrieb installiert wird.
Die Gusseisenarbeiter in der Stadt Dorud haben aus Protest gegen ihren Betriebsrat, der dem Arbeitgeber sehr nahe stand, ihre Arbeit niedergelegt und dadurch für die Auflösung des Betriebsrats gesorgt.
Die Arbeiter der Aluminiumfabrik in Jajrud haben in einer direkten Aktion eigene Arbeitervertreter gewählt und somit den arbeitgebernahen islamischen Betriebsrat für überflüssig erklärt.

Eine existentielle Schwierigkeit, mit welcher viele Beschäftigte zu kämpfen hatten, war die Schließung der Betriebe in Folge der verhängten Wirtschaftssanktionen durch die USA und ihrer Verbündeten in der EU.
Das Gespenst der verhängten Embargos hat die gesamte Wirtschaft des Landes fast in die Katastrophe gestürzt. Leidtragende waren aber vor allem tausende Arbeiter, die in Folge dieser Sanktionen durch das Schließen ihrer Betriebe mussten und ihre Arbeit verloren.
Bedingt durch das Wirtschaftsembargo bekamen viele Betriebe keine Ersatzteile, Maschinen und Rohstoffe und waren gezwungen ihre Produktion einzustellen bzw. nicht mehr fortzusetzen. Viele Beschäftigte wurden auf Teilzeit reduziert oder zum Arbeitsamt geschickt.
Die Last des politischen Konflikts zwischen der USA, der EU und der islamischen Regierung wurde auf den Schultern der Arbeiter ausgetragen.

Obwohl der islamische Staat unter dem politischen und wirtschaftlichen Druck der USA und der EU viele Zugeständnisse bezüglich seines Atomprogramms machen musste, wurden die verhängten Sanktionen immer noch nicht aufgehoben. Die Arbeiterklasse hat von der versprochenen Öffnung des Landes zum internationalen Markt und der Verbesserung der Wirtschaft bisher nichts spüren können.
Die heikle politische Lage bezüglich des Atomkonflikts mit den Westen wurde immer als ein Instrument ausgenutzt, um jegliche Forderungen und Proteste der Arbeiter zu unterdrücken. Mit dem Vorwand, das Land befinde sich in einem Ausnahmenzustand, stimmte die Regierung Massenentlassungen in den Betrieben zu. Das Justizministerium hat in einem Beschluss allen Beschäftigten der wichtigsten Wirtschaftsbranche des Landes, nämlich der Öl- und Petrochemieindustrie im Süden des Irans, ein Streikverbot erteilt und mit juristischen Strafmaßnahmen gedroht.
Die Arbeitgeber erhielten von dem Staat die Rückendeckung, gerade diejenigen zu entlassen, die sich für die Belange ihrer Kollegen im Betrieb eingesetzt hatten, unabhängig davon wie lange sie im Betrieb beschäftigt waren. Oft wurde diesen auch keine Entschädigung gewährt.

In vielen Betrieben wurde eine schwarze Liste über die ArbeiteraktivistInnen angefertigt, die aufgrund ihres Engagements entlassen wurden, damit sie in keinem anderen Betrieb neu eingestellt werden sollten.
Der Staat versucht ein Klima von Angst und Misstrauen zwischen den Werktätigen zu schaffen und dadurch jegliche Form des Zusammenhalts zwischen diesen zu erschweren, um somit Widerstand in den Betrieben zu verhindern.
Darüber hinaus werden in manchen Betrieben private Sicherheitskräfte und Schlägertruppen eingesetzt, um, im Falle eines Arbeitsstreiks, gegen die Arbeiter und besonders gegen deren Führer vorzugehen.

Wir haben in der letzten Ausgabe der Arbeiter News ausführlich darüber berichtet.
Laut Angaben der staatlichen Quellen wurden im vergangenen Jahr 2086 Arbeiter entlassen, die sich gegen die miserablen Zustände in den Betrieben gewährt haben.
Davon konnten nur 41 Personen wieder ihre Arbeitsstelle antreten. Im Jahr zuvor konnten immerhin 300 nach dem Beschluss eines Arbeitsgerichts ihrer alten Arbeit nachkommen.

Die systematische Verfolgung und Inhaftierung der Arbeiteraktivisten wird nach wie vor verschärft fortgesetzt.
Am 16. Juni 2015 wurde Mohamd Ali Mirzaie während einer Protestaktion der Bergarbeiter der Zarand-e Kerman, von einem Laster tödlich überfahren, nachdem die Sicherheitskräfte Tränengas eingesetzt haben, um die Demonstration aufzulösen ohne die Hauptstraße abzusperren.
Morteza Farajnia, ein junger Arbeitsloser, der an einer Protestversammlung vor der Gasraffinerie in der Stadt Behbahan

teilnahm, wurde durch gezielte Schüsse der Sicherheitskräfte getötet.
Shahrokh Zamani, Vorstandsmitglied des Syndikats der Malerarbeiter, ist während seiner Haftstrafe im Gefängnis gestorben. Die Todesursache von Shahrokh ist immer noch nicht klar. Die Regierung verhindert mit allen Mitteln eine Aufklärung des Todesfalls.
Kourosch Bakhschandeh ist in Folge der Schikanen und der psychischen Gewalt im Gefängnis nach einem Herzstillstand gestorben.
Behnam Ebrahimzade, der bereits seine Haftstrafe einbüßt, wurde erneut zu 9 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.
Die Anklagen gegen Reza Schahabi und Ebrahim Madadi, Vorstandsmitglieder des Teheraner Busfahrer Syndikats, wurden nach Beendigung ihrer Haftstrafe vom Gericht erneuert, um sie zu einer weiteren Haftstrafe verurteilen zu können.
Mahmood Salehi wurde in einem Gericht, das nur von Sicherheitsorganen des Regimes verwaltet wurde, zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.
Jaafar Azimzadeh, Mitglied der Freien Arbeiter Union, der an der Aktion der 40000 Unterschriften für die Erhöhung des Mindestlohn beteiligt war, wurde zu sechs Jahren Haftstrafe verurteilt.
Die Mitglieder des Lehrerverbandes wurden nach einer landesweiten Protestaktion gegen die Arbeitsbedingungen der Lehrer nach und nach zu Haftstrafen verurteilt. Esmail Abdi, ein Mitglied des Lehrerverbandes befindet sich gegenwärtig im Gefängnis.
Gegen Rassoul Bedaghi wurde nach sechs Jahren Gefängnis erneut ein neuer Prozess eingeleitet, um seine Haftstrafe zu verlängern.

Die Liste der Arbeiteraktivisten, die im Gefängnis sitzen, wird Tag für Tag länger und die islamische Regierung wird, trotz seiner Propaganda für die Öffnung des Landes gegenüber der Welt, nicht offener sondern schnürt die Freiheit politisch handelnder Menschen immer weiter ein.

Die gemeinsame Absichtserklärung von Djafar Azim Zadeh und Ismail Abdi zur ihrem Hungerstreik ab 31. April 2016

Für die Rechte der Arbeiter und Lehrer!
Die soziale Lage der Millionen von Arbeitern und Lehrern im Iran ist unerträglicher als je zuvor geworden. Seit Jahren werden unsere grundlegenden Rechte mit Füßen getreten.
Die Löhne unter der Armutsgrenze, ausstehende Löhne in immer weiter wachsender Dimension, die permanente Unsicherheit um Verlust des Arbeitsplatzes durch die befristeten Verträge bzw. die sogenannten Blanko-Verträge, die Einstellung der Lehrer als Honorarkräfte oder als Freiberufler, sowie die wachsende Zahl der Kinderarbeit beschreibt den herrschenden Zustand im Land. Das Subunternehmertum ist mittlerweile ein fester Bestandteil in vielen Groß- und Mittelbetrieben geworden. Die sukzessive Abschaffung der kostenlosen Bildung, die organisierte Ausplünderung der Sozial- und Rentenkassen, das Verbot zur Gründung von unabhängigen Lehrer- und Arbeitergewerkschaften und ihrer Proteste und zuletzt die Abschaffung der staatlichen Subventionen für die Grundversorgung der Bevölkerung sind einige Beispiele, die die Lage der arbeitenden Bevölkerung charakterisiert.
Die tägliche Arbeitszeit ist bis zu 12 Stunden, in manchen Fällen sogar bis zu 18 Stunden lang. Die Antworten aller Regierungen (konservativ, gemäßigt,

liberal) auf die Forderungen der Werktätigen waren bis jetzt die Verstärkung der Repressalien, damit die Ausplünderung des Volkes weiterhin ungestört fortgesetzt werden kann.
Seit der neuen Regierung unter der Führung des Präsidenten Ruhani nahmen die Unterdrückung und die Inhaftierung der protestierenden, kämpferischen Arbeiter und Lehrer neue Dimensionen an. Vor kurzem hat das Justizministerium ein Verbot gegen jegliche Art von Protest und Streik am Arbeitspatz angeordnet. Dadurch wurden hunderte von protestierenden Kollegen verhaftet und gegen bekannte Führer und Organisatoren der Proteste Gefängnisstrafen verhängt.
Wir sind ebenso von dieser neuen Unterdrückungswelle der Regierung betroffen.
Uns und hunderten von Kollegen wird die Störung der öffentlichen Ordnung und Verschwörung gegen das System vorgeworfen. Wir sind ebenso zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Wobei wir nur für unsere Rechte und unsere Würde kämpfen.
Selbst die Aktivitäten wie der Aufruf zu einer Petitionen oder Gründung unabhängiger Gewerkschaften, die nach iranischer Gesetzgebung legitim sind, werden von der Justiz hart bestraft. Daher würde jeder Arbeitskampf im Iran eine Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung und eine Verschwörung gegen das Regime bedeuten. Die herrschende Schicht im Iran setzt eigene Interessen und die Sicherheit der Regierungsorgane dem nationalen Interesse und Sicherheit der gesamten Bevölkerung gleich. Daher wird mit allen Mitteln versucht alle kämpferischen Kollegen und Menschen, die sich gegen das Elend der Bevölkerung erheben zum Schweigen zu bringen.
Deshalb haben wir uns entschlossen, bewusst am 1. Mai, am internationalen Tag der Arbeit, in einen Hungerstreik für unbestimmte Zeit zu treten. Unserer Hungerstreik richtet sich gegen die Kriminalisierung des Arbeitskampfes, für einen angemessenen Mindestlohn und Anerkennung des „Tag der Arbeit“ und des „Tag der Lehrer“ als gesetzlichen Feiertag und gegen das Schweigen der IL0 (Internationale Organisation der Arbeit) über die Verhältnisse im Iran und der Repressalien gegen uns.
Dieses Schreiben wird ebenso an die ITUC (Internationale Konföderation der Gewerkschaften) und EI (Internationale Organisation der Lehrer) gesendet.

Dajfar Azim Zadeh und Ismail Abdi aus dem Ewin- Gefängnis im Teheran

---

Am 18. März 2016 fand die Verurteilung von Ibrahim Madadi, der Vizechef der Teheraner Busfarergewerkschaft(Vahed), von Gericht statt.

Dem Bericht der Busfahrergewerkschaft zur Folge wurde er wegen Staatsverschwörung und Aktivität gegen die öffentliche Ordnung vor Gericht zur Freiheitsstrafe verurteilt. Sein Rechtsanwalt, Herr Saleh Nikbakht, trug seine 90seitige Verteidigung dem Gericht vor und forderte seine Unschuld und Freisprechung.

Darauf hin hat die Busfahrergewerkschaft die Verhaftung und das Urteil des Gerichtes scharf verurteilt und forderte sofortige Freilassung alle inhaftierten Arbeiter und Lehrer sowie die Beendigung des polizeilichen Umgangs mit den Kollegen. Allerdings meinen sie, dass diese Repressalien keine Wirkung auf unseren Kampfgeist haben und weiterhin unsere Rechte auf die unabhängigen Gewerkschaften verteidigen und dafür kämpfen werden.

Gewerkschaft der Busfahrer- Teheran und Umgebung (Vahed)
März 2016

Solidaritätsbrief der Lehrervereins aus der Provinz Gilan für die inhaftierten Kollegen und Arbeiter Ismail Abdi und Djafar Azim Pur.

In dieser Erklärung wurde der Hungerstreik der oben genannten Kollegen und Arbeiter und ihre Absichten unterstützt. Erwähnt wurde auch drin, dass ihre Inhaftierung ein Verstoß gegen das bestehende Rechtsystem und die nationale Sicherheit sei. Denn sie hätten sich nichts zu Schulden kommen lassen, außer, dass sie die Bevölkerung auf das herrschende soziale Elend im Lande aufmerksam gemacht haben.

Wie kann man die Menschen, die sich über die Ungleichheit in der Gesellschaft äußern, ins Gefängnis stecken? Wir stehen mit voller Unterstützung hinter unseren Kollegen und machen die Regierung verantwortlich für ihre Gesundheit.

Lehrerverein in Gilan
März 2016

Die entlassenen Arbeiter der Textilfabrik in der Stadt Brudjerd im Südiran haben die Produktionshalle gestürmt und dabei die Maschinen abgestellt.

Der Presseagentur Tasnim zu folge versammelten sich am ersten April die entlassenen Arbeiter vor dem Arbeitsministerium und protestierten gegen ihre Entlassung. Der zuständige Chef des Arbeitsministeriums sowie das Sozialministerium behaupteten, dass laut Gesetz die Entlassung der 500 Beschäftigte ohne Absprache und Entwurf eines Sozialplans nicht zulässig sei. Darauf hin stürmten die Arbeiter den Betrieb und stellten die Maschinen ab. Die Besetzung der Fabrik dauerte zwei Stunden und um 16 Uhr wurde sie beendet. Nach ihrem Protest konnten sie wieder zu ihrer Arbeit zurückgehen. In der Textilfabrik sind 1040 Arbeiter beschäftigt. In einer unangekündigten Aktion ohne Mitsprache mit der Stadt hatte die Geschäftsleitung 500 Arbeiter entlassen.

Aufruf zum Hungerstreik von Mahmud Beheschti Langerudi

Im Name des Gottes der Vernunft und des Lebens

Ich, Mahmud Beheschti, der ehemalige Generalsekretär und jetzige Sprecher der Lehrergewerkschaft des Iran protestiere gegen meine Verurteilung zu 14 Jahre Freiheitsstrafe durch die iranische Justiz. Das angekündigte Urteil wurde von den Richtern Herrn Salawati und Herrn Maghiseh gefällt. Aus diesem Grund trete ich am Mittwoch den 20. April bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens durch ein öffentliches Gericht, wie es im Gesetzt vorgeschrieben ist, in den Hungerstreik. Für meine körperlichen und geistigen Schäden wäre selbstverständlich das Gericht verantwortlich.

Warum ich das tue?

Laut Paragraf 27 des Gesetzes ist es erlaubt sich gewerkschaftlich zu organisieren und zu kämpfen, Selbst wenn ich mich schuldig gemacht hätte, stünde mir ein öffentliches Gerichtsverfahren, laut Paragraf 137, mit Geschworenen zu. Seit Bestehen der islamischen Republik wird das Gesetz missachtet und Hunderten von Menschen ein ordnungsgemäßes Verfahren verwehrt. Ich finde, dass es mein Recht ist, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen und zu protestieren. Im Voraus mochte ich mich bei allen meinen Freunden und Kollegen entschuldigen, insbesondere für die Sorgen und den Kummer, die ich ihnen bereite.
In der Hoffnung, dass eines Morgens das Lied der Freiheit in unserem Land von Phönix wieder laut ertönt wird.

19.04.2016
Teheran, Ewin- Gefängnis

Internationale Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland
www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de